



Schwarze Menschen wurden unverhältnismäßig oft Opfer tödlicher Polizeigewalt. Bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe gab es nur minimale Fortschritte. Die willkürlichen und unbegrenzten Inhaftierungen auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba dauerten 2024 an.

Exzessive Gewaltanwendung

Laut Medienberichten tötete die Polizei 2024 bei Schusswaffeneinsätzen 1.133 Personen. Schwarze Menschen wurden unverhältnismäßig oft Opfer tödlicher Polizeigewalt. Ihr Anteil an den Getöteten lag bei fast 22 Prozent, während sie nur etwa 13 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die Regierung hatte auch 2024 den *Death in Custody Reporting Act* noch immer nicht vollständig umgesetzt. Das Gesetz aus dem Jahr 2013 verpflichtete das Justizministerium, Daten zu den in Gewahrsam getöteten Menschen zu erheben.

Ein nach George Floyd benannter Gesetzentwurf zur Reform der Polizei (*George Floyd Justice in Policing Act*) wurde vom Kongress nicht verabschiedet. Der Entwurf sah u. a. vor, diskriminierende Personenkontrollen (Racial Profiling) zu verbieten und die Rechenschaftspflicht der Polizei auszuweiten.

Todesstrafe

Trotz scharfer Kritik aus dem In- und Ausland wurden in Alabama 2024 drei Menschen hingerichtet, indem man ihnen Stickstoffgas verabreichte, was zur Erstickung führt. UN-Expert/innen forderten ein Verbot dieser Methode und sprachen von "Menschenversuchen", die "der Folter gleichkommen".

Bei der Hinrichtung mit Stickstoffgas handelt es sich um eine Methode, die vorher noch nicht angewandt wurde. Die US-Justizbehörden suchen seit Jahren nach neuen Hinrichtungsmethoden, weil sich viele

Arzneimittelhersteller weigern, ihre für Narkosen und Heilung gedachten Medikamente zur Tötung von Menschen zu liefern.

Der Bundesstaat South Carolina vollstreckte nach 13 Jahren wieder ein Todesurteil, nachdem ein bundesstaatliches Gericht entschieden hatte, dass seine Hinrichtungsmethoden keine "grausame und ungewöhnliche Bestrafung" darstellten. In Indiana wurde erstmals seit 2009 wieder eine Hinrichtung vollstreckt.

Louisiana erließ ein Gesetz, das als Hinrichtungsmethoden Erstickung durch Stickstoff sowie den elektrischen Stuhl vorsah. In Kansas lag ein Gesetzentwurf vor, mit dem Stickstoff als eine weitere Hinrichtungsmethode zugelassen werden sollte. Iowa versuchte, die Todesstrafe für Mord an Polizist/innen und Gefängnismitarbeiter/innen wieder einzuführen. Tennessee erweiterte die Liste der Verbrechen, die mit der Todesstrafe geahndet werden können, um den Tatbestand der "Vergewaltigung eines Kindes unter Einsatz von Gewalt oder Nötigung" (*aggravated rape of a child*), obwohl dies der Verfassung widersprach. In Alabama war ein Gesetzentwurf, der zur Aufhebung der Todesurteile von mindestens 30 Personen hätte führen können, immer noch nicht verabschiedet. Er betraf die rückwirkende Anwendung eines Gesetzes von 2017, wonach das Urteil einer Jury bei Kapitalverbrechen nicht mehr durch richterlichen Beschluss abgeändert werden darf. Delaware schaffte die Todesstrafe offiziell ab, nachdem sie 2016 für verfassungswidrig erklärt worden war.

Willkürliche Inhaftierungen

Unter Verstoß gegen das Völkerrecht hielt das US-Militär 2024 weiterhin 26 muslimische Männer willkürlich und auf unbestimmte Zeit auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba fest. Die Biden-Regierung entließ 2024 vier Inhaftierte aus Guantánamo. Die Verlegung von 14 weiteren Männern war genehmigt, teilweise bereits seit mehr als einem Jahrzehnt, erfolgte jedoch auch 2024 nicht. Der Kongress blockierte weiterhin die Verlegung von Guantánamo-Häftlingen in die USA – sie durften lediglich an Drittstaaten überstellt werden, in denen ihre Menschenrechte geachtet würden.

Anfang 2025 wurden in den letzten Tagen der Amtszeit von Joe Biden 11 Häftlinge entlassen, die in den Oman ausreisen konnten. Alle entlassenen Häftlinge waren nie angeklagt worden.

Auch 2024 wurde niemand wegen der Folterung oder Misshandlung von Häftlingen zur Rechenschaft gezogen. Außerdem gab es nach wie vor keine Entschädigung und keine angemessene medizinische Behandlung für Gefangene, die gefoltert und anderweitig misshandelt worden und/oder dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen waren.

Acht Gefangene, darunter fünf Männer, denen eine Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September 2001 zur Last gelegt wird, mussten sich weiterhin vor einer Militärkommission verantworten, was gegen

internationales Recht und die Standards für faire Verfahren verstieß. Im Fall einer Verurteilung drohte ihnen die Todesstrafe, was eine willkürliche Verletzung des Rechts auf Leben darstellen würde, da ihre Verfahren nicht den internationalen Standards entsprachen und sie systematisch gefoltert wurden. Mit drei Männern, die sich wegen mutmaßlicher Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September 2001 vor der Militärkommission verantworten mussten, kam eine Abmachung zustande: Sollten sie auf schuldig plädieren, würden sie nicht zum Tode verurteilt. Der Verteidigungsminister hob diese Vereinbarung jedoch auf und verzögerte den Fall damit weiter. 23 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 waren die Verantwortlichen immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

Leonard Peltier, ein indigener Aktivist, verbüßte weiterhin zwei lebenslange Haftstrafen wegen Mordes. Ihm wurde vorgeworfen, für den Tod von zwei FBI-Agenten in South Dakota im Jahr 1975 verantwortlich zu sein. Es bestanden starke Zweifel daran, dass sein Gerichtsverfahren den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hatte. Obwohl der 80-Jährige an schweren chronischen Krankheiten litt, wurde ihm im April 2024 eine Freilassung aus medizinischen Gründen verweigert. Im Juli verwehrten ihm die Behörden auch die Haftentlassung auf Bewährung. Ein Gnadengesuch, das der Rechtsbeistand von Leonard Peltier bereits 2021 bei Präsident Biden eingereicht hatte, war Ende 2024 noch anhängig.

Als einer seiner letzten Amtshandlungen wandelte US-Präsident **Joe Biden** im Januar 2025 Peltiers Haftstrafe in Hausarrest um.

Rechtswidrige Tötungen

Die USA wandten auch 2024 in verschiedenen Ländern tödliche Gewalt an, die in einigen Fällen außergerichtlichen Hinrichtungen gleichkommen könnte. Die Behörden veröffentlichten weiterhin keine Informationen über die rechtlichen und politischen Standards und Kriterien, die für die US-Streitkräfte bei der Anwendung tödlicher Gewalt galten.

Die Regierung stellte eine neue politische Strategie zur Minderung und Bewältigung ziviler Schäden vor, mit der sie sich verpflichtete, zivile Schäden gründlicher zu untersuchen. Für diese Untersuchungen wurde eigens ein Kompetenzzentrum (*Civilian Protection Center of Excellence*) eingerichtet. Allerdings wurden gut dokumentierte Fälle, in denen Zivilpersonen in der Vergangenheit verletzt oder getötet wurden, nicht neu untersucht, und es wurde keine Entschädigungen für die Tötung von Zivilpersonen geleistet, auch nicht in Fällen, die von der Regierung eingeräumt worden waren.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/usa-2024>

amnesty Journal 01/2025 / amnesty Journal 02/2024

www.amnesty.ch/ 7.1.2025 (Toffiq a-Bihani und 10 weitere Männer...)